

Fragen zur LVO

Wirksamwerden einer Austrittserklärung

Ein Feuerwehrangehöriger hatte gegenüber dem Leiter der Feuerwehr schriftlich seinen Austritt zum 31.05.2002 erklärt. Das Schriftstück ging dem Leiter der Feuerwehr am 22.05.2002 zu. Darauf antwortete der Leiter der Feuerwehr schriftlich und teilte mit, dass das Dienstverhältnis zum 31.05.2002 beendet sei. Mit Schreiben vom 24.05.2002, welches beim Leiter der Feuerwehr am 28.05.2002 einging, widerrief der Feuerwehrangehörige seinen Austritt. Es stellt sich die Frage, ob die Austrittserklärung wirksam widerrufen wurde und die Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr noch besteht..

Bei einer Austrittserklärung gem. § 22 Abs. 2 Buchstabe b LVO handelt es sich um eine einseitige, empfangsbedürftige Willenserklärung¹. Diese wird nach § 130 Abs. 1 BGB, wenn Sie in Abwesenheit des Leiters der Feuerwehr abgegeben wird, in dem Zeitpunkt wirksam, in welchem sie ihm zugeht².

Einer Annahme bedarf es bei einer Austrittserklärung nicht, da deren Wirksamkeit nicht von der Zustimmung des Leiters der Feuerwehr abhängt.

Mit Zugang der Austrittserklärung des Feuerwehrangehörigen am 13.05.2002 war diese wirksam, auch wenn die Beendigung des Dienstes erst auf den 31.05.2002 fallen sollte. Die mit Schreiben des Leiters der Feuerwehr ausgesprochene förmliche Entlassung war nicht erforderlich, sondern trat aufgrund der Austrittserklärung mit Ablauf des 31.05.2002 automatisch ein.

Der Widerruf der Austrittserklärung vom 24.05.2002, eingegangen am 28.05.2002, ist unwirksam.

Nach § 130 Abs. 1 S. 1 BGB wäre die Austrittserklärung nur dann nicht wirksam geworden, wenn der Widerruf dem Leiter der Feuerwehr vor oder gleichzeitig mit der Austrittserklärung zugegangen wäre.

Das war hier eindeutig nicht der Fall.

Unabhängig vom Fall des rechtzeitigen Widerrufs der Austrittserklärung, kann sie vor Ende des Dienstverhältnisses in der Freiwilligen Feuerwehr nur zurückgenommen werden, wenn der Leiter der Feuerwehr zustimmt. Stimmt der Leiter der Feuerwehr der Zurücknahme nicht zu oder ist der Feuerwehrangehörige aufgrund seiner Austrittserklärung bereits aus der Feuerwehr gem. § 22 Abs. 2 LVO ausgeschieden, so kommt ausschließlich ein Neueintritt in Betracht. Über diesen hat der Leiter der Feuerwehr nach § 1 LVO zu entscheiden.

¹ Schneider, Laufbahn in der Freiwilligen Feuerwehr Nordrhein-Westfalen, Kohlhammer, Deutscher Gemeindeverlag, 2. Auflage, § 22 Anm. 8.2

² Schneider a.a.O. § 22 Anm. 8.3

Mitgliedschaft in einer Feuerwehr außerhalb des Wohnortes

Die Vorschrift des § 2 der LVO wird teilweise falsch ausgelegt. In sie wird eine neben § 1 Abs. 2 LVO nicht vorhandene zusätzliche Aufnahmevoraussetzung hinein interpretiert. Mitglied einer Feuerwehr soll danach nur sein dürfen, wer auch seinen Wohnort im Gemeindegebiet hat. Diese Auslegung ist falsch.

Eine Beschränkung der Mitgliedschaft nur auf Gemeindegewohner sehen § 12 FSHG und die LVO nicht vor¹.

Somit kann man auch in Gemeinde A wohnen und gemeldet sein und in der Gemeinde B Mitglied der Feuerwehr sein.

Die LVO enthält in § 2 keine Beschränkung der Aufnahme. § 2 LVO betrifft nur die Doppelmitgliedschaft.

Das ergibt sich eindeutig aus dem Wortlaut der Vorschrift, in der es heißt:“ Feuerwehrangehörige können **neben** der Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr ihres Wohnortes **auch** Mitglied in der Freiwilligen Feuerwehr ihres Beschäftigungsortes sein.“

Für die Aufnahme in die Feuerwehr ist allein § 1 LVO maßgebend.

Der Leiter der Feuerwehr der Gemeinde A ist nicht gehindert, einen Anwärter aus der Gemeinde B in die Feuerwehr aufzunehmen, soweit dies aus nachvollziehbaren Gründen sinnvoll ist.

§ 2 LVO geht bei der Doppelmitgliedschaft allerdings von dem normalen Regelfall aus, dass ein Feuerwehrangehöriger auch Mitglied der Feuerwehr seines Wohnortes ist. Er verbietet jedoch nicht die oben beschriebene Aufnahme eines Anwärters aus einer anderen Gemeinde.

Ralf Fischer

³: Schneider, Laufbahn in der Freiwilligen Feuerwehr Nordrhein-Westfalen, Kohlhammer, Deutscher Gemeindeverlag, 2. Auflage, § 1 Anm. 3.3